

Abfallentsorgung

Inhalt

1	Gesetze, Vorschriften und Regelungen.....	2
1.1	Kreislaufwirtschaftsgesetz.....	2
1.2	Abfalldefinition.....	2
1.3	Grundpflichten der Abfallbeseitigung	3
1.4	Abfalleinstufung	3
1.4.1	Gefährliche und ungefährliche Abfälle	3
1.4.2	Weitere Anforderungen an gefährliche Abfälle	4
1.4.3	Abfall zur Verwertung und Abfall zur Beseitigung.....	4
1.5	Betriebsbeauftragter für Abfall	4
1.6	Nachweisverfahren	4
1.6.1	Elektronisches Abfallnachweisverfahren	5
1.6.2	Übernahmescheine bei Sammelentsorgung.....	6
1.6.3	Die elektronische Registerführung.....	6
2	Innerbetriebliche Regelungen zur Abfallentsorgung bei der VGF.....	7
2.1	Grundsätzliche Festlegungen.....	7
2.2	Betriebsbeauftragter für Abfall.....	7
2.3	Entsorgungsmerkmale der VGF.....	7
2.4	Fachbereiche	8

1 Gesetze, Vorschriften und Regelungen

1.1 Kreislaufwirtschaftsgesetz

Das Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) ist am 01.06.2012 in Kraft getreten und regelt grundlegend den Umgang mit sowie die Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen.

Nach § 1 des KrWG ist der Zweck des Gesetzes die Förderung der Kreislaufwirtschaft zur Schonung der natürlichen Ressourcen und die Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen.

Ziel des Kreislaufwirtschaftsgesetzes ist es, den Anfall von Abfällen erheblich zu reduzieren, um einem Entsorgungsnotstand entgegenzuwirken und durch die Förderung der rückstandsarmen Kreislaufwirtschaft die natürlichen Ressourcen zu schonen.

Des Weiteren wird angestrebt, konsequente Maßnahmen der Vermeidung und Verwertung von Abfällen bereits im Vorfeld der Abfallentstehung vorzunehmen sowie nicht verwertete Abfälle dauerhaft und gemeinwohlverträglich i. Allg. im Inland zu beseitigen.

Dabei ist unter Kreislaufwirtschaft die Vermeidung und Verwertung von Abfällen zu verstehen. Zugleich ist die Verwertung neben der Beseitigung Teil der Abfallentsorgung und damit auch der Bewirtschaftung von Abfällen.

Es ist folgende absteigende Zielhierarchie für den Umgang mit Abfällen vorgegeben:

- Vermeidung
- Vorbereitung zur Wiederverwendung
- Recycling
- Sonstige Verwertung, insbesondere energetische Verwertung und Verfüllung
- Beseitigung

1.2 Abfalldefinition

Abfälle im Sinne dieses Gesetzes sind alle Stoffe oder Gegenstände, derer sich ihr Besitzer entledigt, entledigen will oder entledigen muss. Abfälle zur Verwertung sind Abfälle, die verwertet werden; Abfälle, die nicht verwertet werden, sind Abfälle zur Beseitigung.

Eine Entledigung im Sinne des Absatzes 1 ist anzunehmen, wenn der Besitzer Stoffe oder Gegenstände einer Verwertung im Sinne der Anlage 2 oder einer Beseitigung im Sinne der Anlage 1 zuführt oder die tatsächliche Sachherrschaft über sie unter Wegfall jeder weiteren Zweckbestimmung aufgibt.

Der Besitzer muss sich Stoffen oder Gegenständen im Sinne des Absatzes 1 entledigen, wenn diese nicht mehr entsprechend ihrer ursprünglichen Zweckbestimmung verwendet werden, auf Grund ihres konkreten Zustandes geeignet sind, gegenwärtig oder künftig das Wohl der Allgemeinheit, insbesondere die Umwelt, zu gefährden und deren Gefährdungspotenzial nur durch eine ordnungsgemäße und schadlose Verwertung oder gemeinwohlverträgliche Beseitigung nach den Vorschriften dieses Gesetzes und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen ausgeschlossen werden kann.

1.3 Grundpflichten der Abfallbeseitigung

Die Erzeuger von Abfällen, die nicht verwertet werden, sind verpflichtet, diese zu beseitigen. Durch die Behandlung von Abfällen sind deren Menge und Schädlichkeit zu vermindern. Energie oder Abfälle, die bei der Beseitigung anfallen, sind hochwertig zu nutzen. Abfälle sind so zu beseitigen, dass das Wohl der Allgemeinheit nicht beeinträchtigt wird. Eine Beeinträchtigung liegt insbesondere dann vor, wenn

1. die Gesundheit der Menschen beeinträchtigt wird,
2. Tiere oder Pflanzen gefährdet werden,
3. Gewässer oder Böden schädlich beeinflusst werden,
4. schädliche Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen oder Lärm herbeigeführt werden,
5. die Ziele oder Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung nicht beachtet oder die Belange des Naturschutzes, der Landschaftspflege sowie des Städtebaus nicht berücksichtigt werden oder
6. die öffentliche Sicherheit oder Ordnung in sonstiger Weise gefährdet oder gestört wird.

Soweit dies zur Erfüllung der Anforderungen erforderlich ist, sind Abfälle zur Beseitigung getrennt zu halten und zu behandeln.

1.4 Abfalleinstufung

Abfallerzeuger und –besitzer müssen ihre Abfälle entsprechend der Abfallverzeichnisverordnung (AVV) korrekt einstufen. Dabei ist die Herkunft der Abfälle maßgebend. In der AVV sind insgesamt 20 Herkunftsbereiche gelistet (z.B. chemische Industrie, Eisen- und Stahlindustrie, Bau- und Abbruchabfälle etc.). Diese Herkunftsbereiche sind zwingend zu berücksichtigen. Innerhalb dieser 20 Kapitel sind die konkrete Abfallart und der konkrete Abfallschlüssel zu wählen.

1.4.1 Gefährliche und ungefährliche Abfälle

Die AVV unterscheidet zwischen ungefährlichen und gefährlichen Abfällen (Sonderabfälle). Als gefährlich gelten alle Abfälle, die mit einem * (Sternchen) versehen sind. Alle anderen Abfälle gelten als ungefährlich. Doch ist es dringend geboten, auch bei Abfällen, die als ungefährlich eingestuft sind, die im Weiteren aufgeführten Sorgfaltspflichten zu beachten. Denn nicht selten verfolgen Staatsanwaltschaften auch die nicht korrekte – und damit illegale - Entsorgung ungefährlicher Abfälle. Und nicht selten

werden Abfallerzeuger und Abfallbesitzer auch für den unkorrekten Umgang mit ungefährlichen Abfällen verurteilt.

1.4.2 Weitere Anforderungen an gefährliche Abfälle

Für gefährliche Abfälle sind darüber hinaus insbesondere die Nachweispflichten zu beachten. Ferner dürfen solche Abfälle grundsätzlich nur hierfür zugelassenen Transportunternehmen zum Transport übergeben werden.

1.4.3 Abfall zur Verwertung und Abfall zur Beseitigung

Es ist danach zu unterscheiden, ob der Abfall verwertet werden kann oder beseitigt werden muss. Denn hiernach entscheidet sich, ob das Entsorgungsunternehmen frei gewählt werden kann oder ob gegebenenfalls Andienungs- und Überlassungspflichten gegenüber den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern bzw. - soweit es sich um gefährliche Abfälle handelt - Andienungs- und Überlassungspflichten gegenüber dem Träger der Sonderabfallentsorgung bestehen.

1.5 Betriebsbeauftragter für Abfall

Der Abfallbeauftragte berät den Betreiber und die Betriebsangehörigen in Angelegenheiten, die für die Abfallvermeidung und Abfallbewirtschaftung bedeutsam sein können. Er ist berechtigt und verpflichtet,

1. den Weg der Abfälle von ihrer Entstehung oder Anlieferung bis zu ihrer Verwertung oder Beseitigung zu überwachen,
2. die Einhaltung der Vorschriften dieses Gesetzes und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen sowie die Erfüllung erteilter Bedingungen und Auflagen zu überwachen, insbesondere durch Kontrolle der Betriebsstätte und der Art und Beschaffenheit der in der Anlage anfallenden, verwerteten oder beseitigten Abfälle in regelmäßigen Abständen, Mitteilung festgestellter Mängel und Vorschläge zur Mängelbeseitigung,
3. die Betriebsangehörigen aufzuklären
 - a) über Beeinträchtigungen des Wohls der Allgemeinheit, welche von den Abfällen ausgehen können, die in der Anlage anfallen, verwertet oder beseitigt werden,
 - b) über Einrichtungen und Maßnahmen zur Verhinderung von Beeinträchtigungen des Wohls der Allgemeinheit unter Berücksichtigung der für die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen geltenden Gesetze und Rechtsverordnungen.

1.6 Nachweisverfahren

Der § 50 des Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) legt für Erzeuger, Besitzer, Sammler, Beförderer und Entsorger gefährlicher Abfälle die Verpflichtung fest, der zuständigen Behörde und untereinander die ordnungsgemäße Entsorgung gefährlicher Abfälle nachzuweisen.

Absatz 1 ordnet das sog. obligatorische Nachweisverfahren für die Verwertung und Beseitigung von gefährlichen Abfällen an. Danach müssen im Rahmen der sog. Vorabkontrolle Nachweise zu der vor-

Umweltschutz bei der VerkehrsGesellschaft Frankfurt am Main mbH

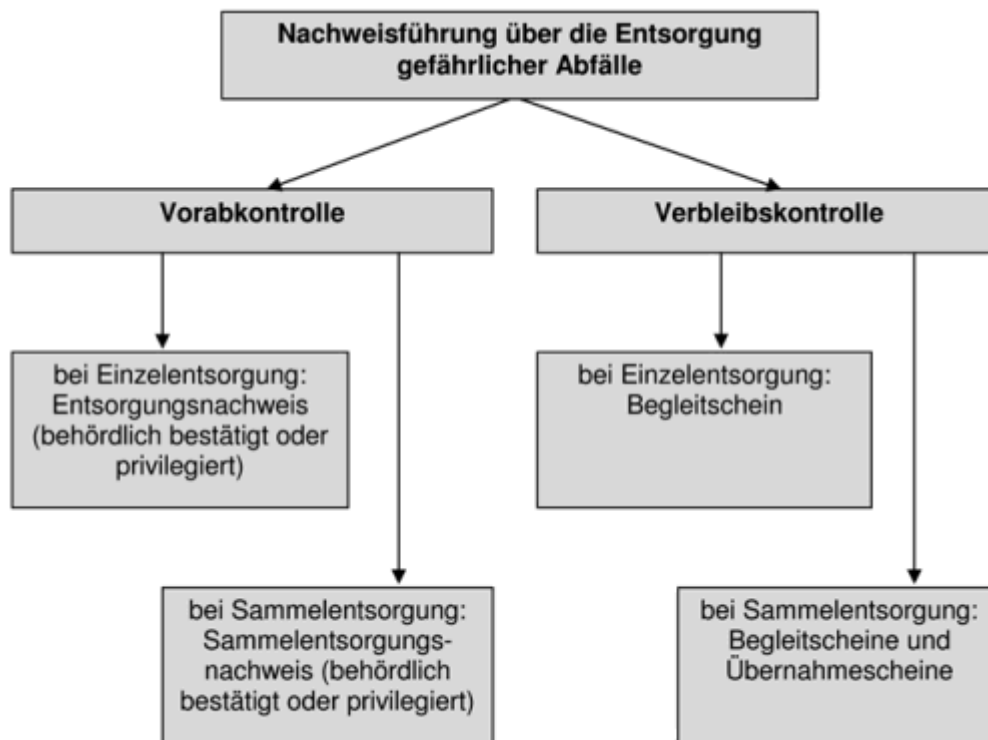
Version 1.3

Ersteller: NA03

Stand: 05.01.2017

gesehenen Entsorgung (Entsorgungsnachweise und Sammelentsorgungsnachweise) und im Rahmen der sog. Verbleibskontrolle Nachweise über die durchgeführte Entsorgung (Begleitscheine und Übernahmescheine) geführt werden (vgl. nachfolgende Abbildung). Die Einzelheiten sind in der Nachweisverordnung (NachwV) geregelt.

Die Nachweisverordnung (Verordnung über die Nachweisführung bei der Entsorgung von Abfällen) ist eine Ausführungsbestimmung zum Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz und bestimmt die Art und den Umfang des Nachweises der Entsorgung von Abfällen.



1.6.1 Elektronisches Abfallnachweisverfahren

Das elektronische Abfallnachweisverfahren (eANV) ist nach der Nachweisverordnung (Verordnung über die Nachweisführung bei der Entsorgung von Abfällen) seit dem 1. April 2010 das zwingend vorgeschriebene Verfahren zur Abfallnachweisführung für nachweispflichtige, d. h. in der Regel gefährliche Abfälle. Zum elektronischen Nachweisverfahren zählen sämtliche Dokumente zur Nachweis- und Verbleibskontrolle, im engeren Sinne der elektronische Entsorgungsnachweis und der elektronische Begleitschein sowie im weiteren Sinne die elektronische Registerführung.

1.6.1.1 Der elektronische Entsorgungsnachweis

Der Entsorgungsnachweis belegt die Zulässigkeit der vorgesehenen Entsorgung nachweispflichtiger Abfälle in einer Abfallentsorgungsanlage. Dies erfolgte in der Vergangenheit über Durchschreibe-Formularsätze. Seit dem 1. April 2010 hat der Entsorgungsnachweis in elektronischer Form zu erfolgen (Online-Entsorgungsnachweis). Die zur Führung der Nachweise verpflichteten Abfallerzeuger, Abfallbeförderer und Abfallentsorger sowie die zuständigen Behörden übermitteln untereinander die zur

Umweltschutz bei der VerkehrsGesellschaft Frankfurt am Main mbH

Nachweisführung erforderlichen Angaben als strukturierte Nachrichten unter Verwendung standardisierter Schnittstellen. Die frühere händische Unterschrift wird im elektronischen Verfahren durch die qualifizierte elektronische Signatur ersetzt.

1.6.1.2 Der elektronische Begleitschein

Der Nachweis über die durchgeführte Entsorgung gefährlicher Abfälle wird seit dem 1. April 2010 mit Hilfe der elektronischen Begleitscheine (Online-Begleitscheine) geführt. Die zur Führung der Nachweise verpflichteten Abfallerzeuger, Abfallbeförderer und Abfallentsorger sowie die zuständigen Behörden übermitteln untereinander die zur Nachweisführung erforderlichen Angaben als strukturierte Nachrichten unter Verwendung standardisierter Schnittstellen.

Der Abfallbeförderer hat zu gewährleisten, dass die Angaben aus dem Begleitschein, einschließlich der Angabe des Firmennamens und der Anschrift des Abfallentsorgers, während des Beförderungsvorganges mitgeführt und jederzeit dem zur Überwachung und Kontrolle Befugten entsprechend den Bestimmungen vorgelegt werden können. Die Pflicht wird auch dann erfüllt, wenn der Abfallbeförderer die geforderten Angaben mittels der elektronisch zu führenden Nachweise zur Verfügung stellt. In der Praxis hat sich die Mitführung einer Papierkopie (sogenannte "Schwarz-Weiß-Kopie") durch den Beförderer bewährt.

1.6.2 Übernahmescheine bei Sammelentsorgung

Bei der Verwendung eines Sammelentsorgungsnachweises wird der Nachweis über die durchgeführte Entsorgung i.d.R. mit Hilfe der Übernahmescheine geführt.

Der Übernahmeschein besteht aus zwei Ausfertigungen. Die erste Ausfertigung (weiß) ist für das Nachweisbuch des Abfallerzeugers bestimmt, die zweite Ausfertigung (gelb) für das Nachweisbuch des Einsammlers. Der Übernahmeschein ist sowohl vom Erzeuger des Abfalles als auch vom Einsammler bzw. Beförderer spätestens bei Übergabe der Abfälle auszufüllen und bei der Beförderung mitzuführen.

1.6.3 Die elektronische Registerführung

Die zur Einrichtung und Führung der Register verpflichteten Abfallentsorger, Abfalleinsammler, Abfallbeförderer und Abfallerzeuger haben die in die Register einzustellenden Belege oder Angaben drei Jahre, jeweils vom Datum ihrer Einstellung in das Register an gerechnet, in dem Register aufzubewahren.

Die Register über nachweispflichtige Abfälle sind seit dem 1. April 2010 elektronisch zu führen, soweit für die in die Register einzustellenden Nachweise die elektronische Nachweisführung zwingend bestimmt ist (Online-Registerführung) oder durch die jeweilige Behörde angeordnet wird.

2 Innerbetriebliche Regelungen zur Abfallentsorgung bei der VGF

2.1 Grundsätzliche Festlegungen

Das Kreislaufwirtschaftsgesetz, in Kraft seit dem 01.06.2012, und die zugehörigen Rechtsverordnungen bilden die Grundlage für die Abfallverwertung/-entsorgung und damit verbunden die abfallrechtliche Überwachung und abfallwirtschaftliche Planung.

Im Sinne der abfallrechtlichen Überwachung besteht die grundsätzliche Verpflichtung, den Weg überwachungsbedürftiger Abfälle von der Entstehung bis zur gemeinwohlverträglichen Beseitigung lückenlos zu dokumentieren.

Das Kreislaufwirtschaftsgesetz ist im Rahmen der nachstehend aufgeführten Festlegungen umzusetzen und zusätzliche, gesetzliche Bestimmungen sind entsprechend zu beachten. Bei Änderungen in den Entsorgungswegen sind die wirtschaftlichen und rechtlichen Anforderungen gleichermaßen einzubringen.

2.2 Betriebsbeauftragter für Abfall

Der Betriebsbeauftragte für Abfall nimmt innerhalb des Stabsbereichs Sicherheitstechnischer Dienstes/Umweltschutz seine Aufgaben wahr.

Dem Sicherheitstechnischen Dienst/Umweltschutz obliegt generell die Festlegung der Abfallentsorgung. In diesem Zusammenhang werden entsprechende Behördenkontakte, Einholung von Genehmigungen, Begutachtungen und Analysen vom Stabsbereich Sicherheitstechnischer Dienst/Umweltschutz durchgeführt oder veranlasst.

Abfälle, deren Entsorgungsweg nicht festgelegt ist, sind dem Sicherheitstechnischen Dienst/Umweltschutz von dem zuständigen Fachbereich nach Art und Menge mit einer möglichst umfassenden Beschreibung zu melden. Der Sicherheitstechnische Dienst/Umweltschutz erarbeitet Entsorgungswege in Zusammenarbeit mit NK13 und legt die weitere Vorgehensweise fest.

Erforderliche Entsorgungsnachweise werden ausschließlich vom Sicherheitstechnischen Dienst/ Umweltschutz erstellt und elektronisch signiert.

2.3 Entsorgungsmerkbblätter der VGF

NA03 stuft die VGF Abfälle gemäß Abfallverzeichnisverordnung ein, erstellt im Rahmen der Vorabkontrolle den elektronischen Entsorgungsnachweis und legt in einem Entsorgungsmerkblatt für die gefährlichen Abfälle den Entsorgungsweg und die Randbedingungen fest.

2.4. Fachbereiche

Die Fachbereiche haben Sorge zu tragen, dass die gesetzlichen Anforderungen und die innerbetrieblichen Regelungen in ihrem Zuständigkeitsbereich beachtet werden. Sie führen die Entsorgungsvorgänge eigenverantwortlich durch. Eine Unterweisung der betroffenen Mitarbeiter ist regelmäßig, d.h. mindestens einmal jährlich, durchzuführen.

Für die elektronische Abfallnachweisführung werden in den Fachbereichen in Abstimmung mit NA03 Mitarbeiter mit persönlichen Signaturkarten ausgestattet und durch NA03 eingewiesen. Auf den Signaturkarten wird vermerkt, dass die Signatur nur zum Zwecke der elektronischen Abfallnachweisführung gültig ist. Geldgeschäfte sind mit der Signaturkarte nicht möglich, da der finanzielle Rahmen auf „0“ € beschränkt ist. Sollten die Mitarbeiter das Unternehmen verlassen oder andere Aufgaben übernehmen, ist durch den Fachbereich über NA03 die Sperrung der Karte zu veranlassen. Die Mitarbeiter sind lediglich dazu berechtigt elektronische Begleitscheine zu signieren. Die Signatur der elektronischen Entsorgungsnachweise obliegt NA03.

Abfallstoffe, für die noch kein Entsorgungsweg festgelegt ist, sind dem Betriebsbeauftragten für Abfall unverzüglich zu melden. Vor der Festlegung eines Entsorgungsweges ist eine Freigabe durch den Betriebsbeauftragten für Abfall erforderlich. Dies betrifft auch Änderungen im Entsorgungsweg. Falls Abfälle vor dem Abtransport gesammelt werden müssen, sind die Bereitstellungsplätze mit dem Betriebsbeauftragten für Abfall abzusprechen.

Übernahmescheine sind keine Rechnungsbestandteile, sondern Teil des gesetzlichen Nachweisverfahrens. Ist eine Abfallentsorgung unter den Maßgaben der Nachweisverordnung (NachwV) durchzuführen, erhält der Betriebsbeauftragte für Abfall zur Führung des Nachweisbuches von den zuständigen Fachbereichen alle Übernahmescheine.

Vor Investitionsentscheidungen die für die Abfallentstehung/-beseitigung bedeutsam sein könnten, ist der Betriebsbeauftragte für Abfall rechtzeitig einzubinden. Erforderliche Stellungnahmen des Betriebsbeauftragten für Abfall müssen angemessen berücksichtigt werden.

Bei Transportvorgängen, insbesondere von besonders überwachungsbedürftigen Abfällen, sind die Bestimmungen der Gefahrgutverordnung Straße (GGVS) zu beachten. Eine Abstimmung mit dem Gefahrgutbeauftragten der VGF (NA03) ist vorzunehmen.

Vor einer Änderung der Entsorgungswege ist durch die Materialwirtschaft die Zustimmung des Betriebsbeauftragten für Abfall einzuholen. Erforderliche Unterlagen wie z.B. Entsorgungsangebote, Informationen zu Entsorgungsanlagen und ggf. Sammelentsorgungsnachweise sind zur Verfügung zu stellen. Nach Vertragsabschluss ist eine Kopie entsprechender Kontrakte dem Betriebsbeauftragten für Abfall vorzulegen.

Die Finanzwirtschaft wird gebeten, der Rechnungsprüfung zugeleitete Übernahmescheine im Original dem Betriebsbeauftragten für Abfall zu überstellen.

Um den gesetzlichen Anforderungen aus dem Kreislaufwirtschaftsgesetz einschließlich verwandten Rechtsgebieten zu entsprechen und die Aufwendungen für die einzelnen Entsorgungsvorgänge unter kostengünstigen Bedingungen abwickeln zu können, bedarf es der Zusammenarbeit aller beteiligten Stellen (siehe anhängendes Ablaufdiagramm Abfallentsorgung).

